

## **Russische Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Großmachtsanspruch und Wirtschaftsmisere**

### **1. Tendenzen der russischen Außen- und Sicherheitspolitik**

Eine der Haupttendenzen der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik Rußlands ist ihre tiefe Widersprüchlichkeit. Diese äußert sich in immer wiederkehrenden Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, militanter politischer Rhetorik und begrenzter Zusammenarbeit mit dem Westen, dem Pochen auf einen gleichberechtigten Status in internationalen Organisationen und finanzieller Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern, dem Beharren auf eigenständigen nationalen Interessen und der Anpassung an Globalisierungsprozesse, dem Spiel mit eurasischen Entwicklungsvarianten sowie „strategischen Partnerschaften“ mit China und Indien und einer tatsächlichen Westorientierung und dem Festhalten an nuklearstrategischen Fähigkeiten und umfangreichen konventionellen Streitkräften ohne deren Finanzierbarkeit sicherstellen zu können.

Einerseits, um den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu beschreiben, herrscht in der politischen Klasse Moskaus weiterhin die feste Überzeugung, Rußland komme im Rahmen einer angeblich multipolaren Weltordnung als Großmacht ein wichtiger Platz zu. Dieser sei aufgrund der geographischen Ausdehnung des Landes, des Erziehungs- und Ausbildungsstandes seiner Bevölkerung, seiner natürlichen Ressourcen, seines hohen Industrialisierungsgrades, der immer noch umfangreichen nuklearstrategischen und konventionellen Waffen und seiner Rolle als Vollmitglied im VN-Sicherheitsrat gerechtfertigt. Andererseits hat sich, beschleunigt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise vom August 1998, der Rückgang des Bruttosozialprodukts seit jenem Jahr weiter fortgesetzt, und trotz einiger positiver Anzeichen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft 1999 ist auch im neunten Jahr nach dem Zerfall der Sowjetunion unklar, ob Rußland lediglich ein weit zurückgebliebenes oder ein dauerhaft abgekoppeltes Transformationsland ist.<sup>1</sup> Die Modernisierung der Industrie des Landes kommt nicht voran, der politische Prozeß wird von schärfer werdenden Auseinandersetzungen geprägt, die Streitkräfte befinden sich einem „katastrophalen“ Zustand,<sup>2</sup> und die Gesellschaft ist im wörtlichen und übertragenen Sinne krank.<sup>3</sup>

Auch die Natur der Wechselbeziehungen zwischen russischer Innen- und Außenpolitik ist widersprüchlich. Einerseits wäre es falsch zu behaupten, daß die großmachtpolitischen Töne des außenpolitischen Establishments in Moskau den Volkswillen repräsentieren. Aus der Bevölkerung kommt diesbezüglich kein einheitlicher Druck. Die militanten Töne stammen zum größten Teil aus dem Milieu einer selbsternannten und demokratisch zweifelhaft legitimierten Elite. Zu dieser gehören unter anderem konservative Beamte im Außenministerium, einflußreiche Mitglieder der Präsidialadministration und hochrangige Militärs. Darüber hinaus haben sich die Wähler im Dezember 1993 und 1995 mit großer Mehrheit für kommunistische und nationalistische Abgeordnete und somit für eine Duma entschieden, die oft nicht zu

---

1 Diese Charakterisierung findet sich bei: Hans-Hermann Höhmann / Christian Meier, Rußlands „Ökonomische Sicherheit“ in europäischer Perspektive, Köln 1998 (Berichte des BIOst, 32/98), S. 15.

2 Auf den „katastrophalen Zustand der russischen Armee“ hatte Premierminister Sergej Stepašin im Juni 1999 hingewiesen; RFE/RL Newline, 10.6.1999.

3 Einzelheiten der sozialen Misere bei: Nicholas Eberstadt, Russia: Too Sick to Matter?, in: Policy Review, No. 95 (Juni/Juli 1999), [www.policyreview.com/jun99/eberstadt.html](http://www.policyreview.com/jun99/eberstadt.html).

verwirklichende Resolutionen verabschiedet, Vertragswerke verschleppt und eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Westen ablehnt.

- Dieses so zusammengesetzte außenpolitische Establishment, dessen einflußreiche Vertreter sich auch im Rat für Außen- und Verteidigungspolitik (SVOP) wiederfinden, fühlen sich als Vertreter eines patriotischen Konsenses und treten als Sachwalter russischer Nationalinteressen auf.<sup>4</sup> Was sind die wesentlichen Elemente dieses angeblichen Konsenses? Unter anderem lassen sich folgende Bestandteile nennen:
- Rußland ist eine Großmacht, die zwar gegenwärtig eine Schwächeperiode durchlebt, sich aber wieder erholen wird.
- Der Zerfall der Sowjetunion ist unhistorisch und widernatürlich. Wenngleich die Wiederherstellung der UdSSR praktisch nicht durchführbar ist, muß Rußland dennoch die euro-asiatische Führungsmacht auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion bleiben oder wieder werden.
- Rußland ist eine eigenständige Zivilisation und muß infolgedessen auch für seine Wirtschaft ein eigenes ordnungspolitisches Modell entwickeln.
- Eine unipolare Welt unter der Ägide der USA ist unannehmbar. Rußland muß einen der Pole in der neuen multipolaren Welt bilden. Es muß sich nach neuen Partnern in Asien und im Nahen und Mittleren Osten umsehen. Die Beziehungen zu China und Indien sollten ausgebaut werden. Iran und Irak müßte geholfen werden, aus der internationalen Isolierung herauszukommen.
- Mit den USA und amerikanischen Verbündeten bestehen Konkurrenzverhältnisse insbesondere in Zentralasien, im Kaukasus und auf dem Balkan. Russische und amerikanische Interessen seien eben nicht identisch. Rußland müsse nachdrücklich seine eigenen nationalen Interessen gegenüber den USA und ihren Verbündeten durchsetzen.<sup>5</sup>

Dieser Konsens findet allerdings in der praktischen Politik keine konsequente Anwendung. Dafür sorgen die innere Schwäche Rußlands und die damit verbundenen internationalen Abhängigkeiten. Es ist ja auch keineswegs offensichtlich, daß die subjektiven Anschauungen tatsächlich mit wohlverstandenen Interessen Rußlands übereinstimmen. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß Außen- und Sicherheitspolitik nur dann wirksam und erfolgreich sein kann, wenn sie auf einem geordneten Gemeinwesen und einer gesunden ökonomischen und sozialen Basis ruht. Wenn diese Voraussetzungen fehlen, können internationaler Einfluß und Prestige nur mit Hilfe von immer neuen Kunstgriffen geltend gemacht werden. Die Glaubwürdigkeit eines derartigen Vorgehens nutzt sich aber tendenziell ab. Der Anspruch auf Weltgeltung wird dann letzten Endes von der Wirklichkeit ad absurdum geführt.

---

4 „Sovet po vnešnei i oboronnoj politike“ lautet die Auflösung des russischen Akronymes SVOP. Dem Rat gehören ca. 70 Vertreter des öffentlichen Lebens an; geleitet wird er von Sergei Karaganov, dem stellvertretenden Direktor des Europa-Instituts an der Akademie der Wissenschaften.

5 Zum „patriotischen Konsens“ siehe: Gerhard Simon, Russische Normalität: Kohäsion und Gefährdung durch den patriotischen Konsens, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.10.1998, S. 7; ders., Der patriotische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 11/97; und Olga Alexandrova, Der außenpolitische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 17/97. Eine russische Darstellung findet sich bei: Aleksej Arbatov, Vnešnepolitičeskij konsens v Rossii (Der außenpolitische Konsens in Rußland), in: Nezavisimaja gazeta, 14.3.1997, S. 5.

## 2. Herausforderungen an den patriotischen Konsens

Eine der größten Herausforderungen für die russische Elite ist infolgedessen selbstverschuldet. Sie liegt in dem selbstaufgelegten Zwang, immer neue Notlösungen erfinden zu müssen, um den Schein zu wahren. Nichts zeigt dies deutlicher, als Jelzins erfolgreiches Drängen, in den lockeren Zusammenschluß der hochentwickelten westlichen Industriestaaten (G-7) aufgenommen zu werden – trotz der Tatsache, daß Rußland nicht über effiziente marktwirtschaftliche Strukturen verfügt, sein Bruttoinlandsprodukt ungefähr dem Belgiens entspricht, sein Budget unter dem von amerikanischen Bundesstaaten wie Kalifornien, New York oder Texas liegt, der Staat mit ca. 146 Mrd. US-\$ bei öffentlichen wie privaten Gläubigern im Westen verschuldet ist und es sich wegen praktischer Zahlungsunfähigkeit bei den Clubs der öffentlichen und privaten Kreditoren in Paris und London laufend um Umschuldungsregelungen bemühen muß.

Im Jahre 1999 sind darüber hinaus eine Vielzahl von konkreten Problemen entweder neu aufgetreten oder bereits bestehende haben sich verschärft. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist noch größer und die Umsetzung des patriotischen Konsenses noch schwieriger geworden. Diese Herausforderungen lassen sich wie folgt charakterisieren:

(1) Die Rolle der *Vereinigten Staaten als Führungsmacht* des Westens und globale Ordnungsmacht hat sich eher verstärkt als abgeschwächt. Im Gegensatz zu Rußland beruht diese Rolle auf einer gesunden Basis – einem funktionsfähigen politischen System, einer dynamischen Gesellschaft, einer leistungsfähigen Wirtschaft, technologischer Innovationsfähigkeit und nicht zuletzt hochmodernen, gut ausgerüsteten Streitkräften. Im militärischen Bereich sind die Vereinigten Staaten gegenwärtig die einzige Supermacht. Nach der Überwindung des Vietnam-Syndroms ist in den USA, wie die Luftangriffe gegen den Irak und Jugoslawien gezeigt haben, die Bereitschaft gewachsen, militärische Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Zielsetzungen einzusetzen.

(2) Im Selbstverständnis des russischen außen- und sicherheitspolitischen Establishments stellen die immer noch umfangreichen *nuklearstrategischen Systeme* allerdings ein wichtiges politisches Gegengewicht zu den noch umfassenderen und moderneren konventionellen und nuklearen Streitkräften der Vereinigten Staaten dar. Um den Ruf Rußlands als militärische Großmacht zu wahren, werden teilweise alte Systeme kostenaufwendig modernisiert, wie die Installierung der Topol-M-Raketen im Dezember 1998 zeigt. Washington scheint nun aber fest entschlossen zu sein, ein landgestütztes Abwehrsystem gegen weitreichende ballistische Raketen zu entwickeln und zu stationieren. Sollte sich Rußland nicht bereit zeigen, einer dafür notwendigen Anpassung des ABM-Vertrages aus dem Jahre 1992 zuzustimmen, zeichnet sich bereits jetzt die Tendenz in Washington ab, den Vertrag einseitig aufzukündigen und auch gegen russischen Widerstand ein Abwehrsystem aufzubauen. Dies würde nicht nur einen weiteren empfindlichen Rückschlag in politischer Hinsicht bedeuten, sondern auch den Sinn der Modernisierungsbemühungen bei den russischen Offensivwaffen in Frage stellen.<sup>6</sup>

(3) Im Gegensatz zu russischen Vorstellungen gründet sich eine neue europäische Sicherheitspolitik nicht auf OSZE-Basis, sondern auf Vorstellungen von *Europäischer Union und NATO*. An beide Institutionen ist Rußland zwar angebunden – an die EU über den EU-Rußland-Kooperationsrat und an das westliche Bündnis über den NATO-Rußland-Rat –, an den internen Entscheidungsprozessen ist es allerdings nicht mitbeteiligt.<sup>7</sup>

---

6 Generaloberst Leonid Ivašov, der Leiter der Hauptverwaltung für internationale militärische Zusammenarbeit beim russischen Verteidigungsministerium, hat deshalb warnend festgestellt, daß sein Ministerium amerikanische Äußerungen hinsichtlich eines Rückzugs vom ABM-Vertrag oder seiner Revision als eine „Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen“ betrachte; Dow Jones Newswires, 21.1.1999.

7 Aufgrund dieser und anderer Tatsachen befürchtet einer der vernünftigeren außenpolitischen Experten Rußlands, daß sich Rußland im „Hinterhof Europas“ wiederfinden könnte; Sergei Rogov, Rossiia mozhnet

(4) Trotz der Unterzeichnung der NATO-Rußland-Grundakte und praktischer Zusammenarbeit mit der westlichen Allianz in Bosnien-Herzegowina (IFOR/SFOR) und im Kosovo (KFOR) lehnt das Moskauer außenpolitische Establishment weiterhin die NATO als zentrale sicherheitspolitische Ordnungsinanz und jegliche weitere *Osterweiterung des westlichen Bündnisses* ab. Wie der bisher erfolgte Erweiterungsprozeß jedoch gezeigt hat, kann der Widerstand Rußlands zwar Entscheidungen verzögern, aber nicht verhindern. Der Erweiterungsprozeß folgt im wesentlichen seiner eigenen, von NATO-Interessen bestimmten Logik.

(5) Darüber hinaus hat die NATO in ihrem im April 1999 in Washington verabschiedeten *Strategischen Konzept* und in den zu dieser Zeit durchgeführten Luftangriffen gegen Jugoslawien ein neues Selbstverständnis demonstriert. Sie hat den Anspruch erhoben, über kollektive Selbstverteidigung hinaus Ordnungsaufgaben zu übernehmen und diese auch unter Umgehung des Sicherheitsrates militärisch durchzusetzen. Von russischer Warte aus stellt diese Verbindung zwischen neuer Konzeption und praktischer Anwendung einen gefährlichen Präzedenzfall in dreierlei Hinsicht dar. *Erstens* untergräbt sie die Position der Vereinten Nationen als universale Ordnungsinanz und hebt das Veto-Recht Rußlands im Sicherheitsrat aus – eine der wenigen Rußland noch verbliebenen Insignien des früheren Supermachtstatus und scheinbares Beweismittel für eine unverändert wichtige Rolle dieses Landes in der Weltpolitik. *Zweitens* stärkt sie die in den letzten Jahren klar erkennbare Tendenz, wegen Verletzungen von Menschen- und Minderheitenrechten in einem Land auch gegen den Willen der jeweiligen Regierung militärisch zu intervenieren. *Drittens* könnte die NATO in Zukunft auch in anderen Gebieten, in denen Rußland eigene Interessen hat – eventuell sogar auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, z.B. im Kaukasus –, versuchen, mit militärischem Druck oder der Anwendung militärischer Gewalt Entwicklungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

(6) Rußlands Einfluß verringert sich tendenziell auch auf *postsowjetischem Territorium*. Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), ursprünglich in Moskau als eine Art Nachfolgeorganisation der UdSSR konzipiert und von Rußland geführtes Koordinationsgremium, hat sich als unbrauchbares Instrument russischer Politik herausgestellt. Diese Organisation ist nicht in der Lage gewesen, die wirtschaftliche Integration voranzutreiben. Dies wird unter anderem dadurch unterstrichen, daß Rußlands Handel mit den übrigen GUS-Ländern im Zeitraum nach dem Zerfall der Sowjetunion drastisch gesunken ist. Während der Anteil der ehemaligen Sowjetrepubliken am Außenhandel Rußlands im Jahre 1991 noch mehr als fünfzig Prozent betrug, machte er 1998 nur noch ungefähr ein Viertel aus; der Schrumpfungsprozeß setzte sich 1999 fort.<sup>8</sup>

Auch im *sicherheitspolitischen Bereich* erreichte die GUS ihre Ziele nicht. Den Vorstellungen des sicherheitspolitischen Establishments in Moskau zufolge sollte der 1992 unterzeichnete Taschkenter Vertrag über kollektive Sicherheit im wesentlichen dazu dienen, die durch den Zerfall der Sowjetunion zerrissenen Militärbeziehungen in dieser Region wiederherzustellen und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Eine Einigung konnte nicht zustandekommen, weil sich die Ukraine neben anderen Staaten weigerte, dem Vertrag beizutreten. Heute gehören nur noch sechs der neun ursprünglichen Vertragsmitglieder der GUS an.<sup>9</sup>

---

okazats'ia na zadvorkakh Evropy (Unser Land könnte sich im Hinterhof Europas wiederfinden), in: Nezavisimaja gazeta (Internet-Ausgabe), 16.06.1999.

8 Im ersten Halbjahr 1999 waren besonders schwere Einbrüche beim russischen Export in die GUS-Länder zu verzeichnen. Während die Außenhandelsexporte insgesamt um 12,1% zurückgingen, verringerte sich der Wert der Ausfuhren in die GUS-Länder um 37,8%; RFE/RL Newline, Vol. 3, No. 162, Part I, 20 August 1999.

9 Der Vertrag trat im April 1994 in Kraft. Ursprünglich war er nur von Rußland, Armenien, Kasachstan, Usbekistan, Kyrgysistan und Tadschikistan unterzeichnet worden. Aserbaidschan und Georgien traten 1993 dem Vertrag bei, Belarus im Jahre 1994. Seine Laufzeit betrug fünf Jahre. Auf dem Moskauer GUS-Gipfel im April 1999 weigerten sich Georgien, Aserbaidschan und Usbekistan, einer Vertragserneuerung zuzustimmen.

Während die GUS von Auflösungserscheinungen betroffen ist, entstehen neue Strukturen politischer und in Ansätzen auch militärischer Zusammenarbeit. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist die 1996 von Georgien, Aserbaidschan und der Ukraine gegründete Union der Drei und deren Ausweitung 1997 – unter Einschluß Moldovas – zur GUAM und schließlich im April 1999, nach dem Beitritt Usbekistans, zur GUUAM.

(7) Was die regionalen Aspekte der russischen Sicherheitspolitik anbetrifft, so hat Rußland am stärksten an Einfluß im *Baltikum* eingebüßt. Nach der Schließung der strategischen Frühwarn-Radarstation in Skrunda sind nun sämtliche militärische Installationen Rußlands in den Baltischen Staaten aufgelöst und die russischen Truppen aus diesen Ländern abgezogen worden. Kaliningrad befindet sich militärisch gesehen in einer exponierten und isolierten Situation.

Im *westlichen Vorfeld* Rußlands hat Rußland mit Belarus Sonderbeziehungen, die sogar zu einer engen „Union“ verfassungsrechtlich ausgebaut werden sollen; aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Situation dieses Landes würden Rußland bei einer verstärkten wirtschaftlichen und militärischen Integration aber erhebliche Kosten entstehen.

Während eine Reintegration Weißrußlands in einen gemeinsamen Staatsverband zumindest denkbar ist, ist die Unabhängigkeit der Ukraine ein Faktum, an dem nicht mehr zu rütteln ist. Das hat sogar die Duma eingesehen, als sie im Dezember 1998 den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“ ratifizierte. In dem Vertrag erkennt Rußland die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine an und gibt seine Ansprüche auf die Krim auf – ein wichtiges Zugeständnis, das auch in den Abkommen zur Aufteilung der Schwarzmeerflotte und der Pacht und Nutzung von Anlagen in Sewastopol (bei Wahrung ukrainischer Souveränität) seinen Ausdruck findet. Damit ist Moskau von Vorstellungen abgerückt, einen Militärblock unter Kontrolle Rußlands als Gegengewicht zur NATO zu schmieden.

Auch in *Zentralasien* haben sich die Gewichte zuungunsten Moskaus verschoben, allerdings nicht so grundlegend wie in anderen Regionen. Das hängt mit der Unterentwicklung und dem geringen Industrialisierungsgrad dieser Länder zusammen, aber auch – insbesondere in Tadschikistan – mit ihrer inneren politischen und ethnischen Zerrissenheit. Traditionelle Abhängigkeiten von Moskau können sich in diesen Gebieten noch halten. Emanzipationstendenzen sind jedoch unübersehbar, vor allem im Falle Usbekistans. Von erheblicher Bedeutung ist auch, daß die für Moskaus Einfluß traditionell wichtige und das politische Leben in den mittelasiatischen Staaten früher bestimmende russische Minderheit abwandert und der nicht-russische Bevölkerungsanteil in diesen Ländern wegen der höheren Geburtenraten der Asiaten wächst.

Am stärksten hat sich die geostrategische Lage Rußlands im *Kaukasus* verschlechtert. Dies betrifft sowohl den Georgien, Aserbaidschan und Armenien umfassenden Transkaukasus als auch den der Russischen Föderation zugehörigen *Nordkaukasus*. Über Tschetschenien hat Moskau praktisch die Kontrolle verloren und von dort aus wird von islamischen Extremisten wie Schamil Bassajew und Salman Radujew die Errichtung einer Islamischen Republik Dagestan und die Befreiung des gesamten Nordkaukasus von der russischen „Fremdherrschaft“ betrieben. Obwohl es grundlegende Unterschiede zwischen Tschetschenien und Dagestan gibt und die Wahrscheinlichkeit gering ist, daß es den Wahabiten gelingen könnte, einen eigenen Staat in Dagestan gegen russischen Widerstand durchzusetzen, wäre eine Destabilisierung dieses russischen Föderationsmitglieds ein empfindlicher Rückschlag für Moskau. Da nach dem Ende des Krieges in Tschetschenien Öl-Pipelines und Landtransportwege über Dagestan umgeleitet wurden, wären die Folgen für Moskau dramatisch, auch was die Verkehrsverbindungen in den Transkaukasus anbelangt.

Auch im *Transkaukasus* hat sich die geostrategische Situation für Rußland verschlechtert. Kurz nach der Auflösung der Sowjetunion wurden der Kaukasus und Zentralasien von amerikanischer Seite als strategisch weniger wichtig im Vergleich zu Baltikum und Ukraine

angesehen. Die Türkei sollte infolgedessen sicherheits- und ordnungspolitische Aufgaben in der kaukasisch-zentralasiatischen Großregion übernehmen, wenngleich die Gründung der Dreierunion damals noch mit gemischten Gefühlen betrachtet wurde. Ab Frühjahr 1997 hat die amerikanische Regierung wiederholt klargestellt, daß sie die transkaukasische Region als zur Sphäre des nationalen Interesses der USA gehörend betrachte. Um dieses Interesse zu unterstreichen, stattete der amerikanische Verteidigungsminister, William Cohen, Tiflis im August 1999 einen Besuch ab, in dessen Verlauf er den Beitritt Georgiens zur NATO für die Zukunft nicht ausschloß.

Russische Beobachter wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Besuch und die Äußerungen Cohens im Zusammenhang mit einer Schwächung der Positionen Rußlands in dieser Region zu sehen seien. Dies habe sich unter anderem an folgenden konkreten Entwicklungen der letzten Monate gezeigt: (a) Die wiederholt vom georgischen Parlament vorgebrachte und jetzt von Schewardnadse unterstützte Forderung, die russischen Militärbasen im Lande zu beseitigen; (b) die Übergabe von Grenzeinrichtungen und -funktionen an Georgien, obwohl es weder in Abchasien, noch in Adscharien oder Ossetien in der Lage sei, wirksam Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen; (c) der Ausbau militärischer und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit zwischen Tiflis und Kiew bis hin zur ukrainischen Unterstützung des georgischen Anspruchs auf einen Teil der Schwarzmeerflotte und der Übergabe eines Schnellbootes aus diesem Bestand an die georgische Marine sowie der Ausbildung georgischer Offiziere in der Ukraine; (d) die Ausweitung der militärpolitischen Zusammenarbeit dieser beiden Staaten im Rahmen der GUUAM.<sup>10</sup>

(8) Ein besonders heikles Thema für die politische und militärische Führung Rußlands ist das Scheitern ihrer *Balkanpolitik*.<sup>11</sup> Dies wurde im Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 deutlich. Die Grundlagen für dieses Scheitern gehen auf das Jahr 1989 zurück. Sie liegen in der öffentlichen Unterstützung der Serben als eines angeblich wichtigen traditionellen Verbündeten Rußlands einerseits und dem immer wieder durch die äußeren Umstände erzwungenen Einschwenken auf mit dem Westen gemeinsame Positionen gegen Belgrad andererseits. Durch ungezügelter pro-serbische Rhetorik erweckte die Moskauer außenpolitische Elite immer wieder den Eindruck, als stehe sie hinter Milosevič. In der Praxis ist aber Rußland weder militärisch in der Lage noch politisch – zumindest was den Präsidenten und die Regierung anbetrifft – bereit, die verbale Unterstützung wirksam in die Tat umzusetzen.

Im *Bosnien-Konflikt* ließ sich Jelzin nach dem durch bosnisch-serbische Artilleriegeschosse verursachten Massaker auf dem Marktplatz von Sarajewo im August 1995 und den folgenden NATO-Luftangriffen gegen serbische Stellungen zu dem Vorwurf verleiten, die NATO betreibe „Genozid an den Serben“ und „beschwöre die Flamme eines neuen Weltkriegs über Europa“ herauf.<sup>12</sup> Seitdem kursierte in russischen Kreisen die Behauptung, die NATO habe der Vertreibung von angeblich 600.000 Serben aus der Krajina tatenlos zugesehen und diese durch ihre Luftangriffe noch gefördert.<sup>13</sup> Die Duma, die am 12.

---

10 Vladimir Georgiev, *Rossija sdaet rubeži. Aktivnost' v Gruzii projavljajut SŠA i GUUAM* (Rußland gibt Positionen auf: Die USA und GUUAM zeigen in Georgien Aktivität), in: *Nezavisimaja gazeta* (Internet-Ausgabe), 4.8.1999.

11 Die nachfolgende Darstellung und Analyse folgt: Regina Heller, *Rußland und der Balkan: Störfaktor oder Partner des Westens?* (SWP, unveröffentlichtes Manuskript, September 1999).

12 Uwe Peter, *Rußlands Präsident redet sich in Rage*, in: *Berliner Zeitung*, 9.9.1995 (Internet); Sergej Dardykin, *Serbov, konečno, žalko, no èto eščë ne povod gotovit'sja k tret'ej mirovoj vojne* (Natürlich tun uns die Serben leid. Aber das ist noch kein Grund, sich auf einen Dritten Weltkrieg vorzubereiten), in: *Izvestija*, 15.9.1995, S. 1.

13 Marie-Janine Calic, *Bosnien-Herzegowina nach Dayton. Chancen und Risiken für den Frieden*, in: *Außenpolitik*, No. 47 (1996), S. 128. Die tatsächliche Anzahl der Serben, die die Krajina verließen, liegt eher bei 200.000.

August eine Sitzung zur Balkansituation einberief, bezeichnete die Vertreibung als „größte humanitäre Katastrophe in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.“<sup>14</sup> Die Konfliktregulierung in Bosnien bei den Friedensgesprächen in Dayton überließ Rußland dann aber nahezu vollständig den USA. Rußland stimmte den Ergebnissen zu und beteiligte sich sogar aktiv an der Implementierung des Abkommens mit Truppen an der von der NATO geführten IFOR/SFOR – allerdings nicht, ohne sich ein Feigenblatt umzuhängen: Die Friedenssicherungsbrigade ist formal einem russischen General unterstellt und erhält von ihm ihre Anweisungen. Die von der NATO geforderte einheitliche Kommandostruktur ist aber voll gewahrt. Das NATO-Hauptquartier (SHAPE) ist die allein verantwortliche militärische Organisation für die operative Führung; der russische Kommandeur ist für den Zweck der Friedenssicherung lediglich dem NATO-Oberkommandierenden zugeordnet.

Das russische Auftreten im *Kosovo* folgt diesen widersprüchlichen Verhaltensmustern. So sprechen beispielsweise viele Anzeichen dafür, daß sich russische Unterhändler in Rambouillet und Belgrad redlich bemühten, Milošević zur Unterzeichnung des Abkommens zu bewegen; Moskau verweigerte dann aber selbst seine Unterschrift mit der Begründung, im Zusatzabkommen zur Vereinbarung (Anhang B, Kapitel 7) sei die militärische Implementierung des Abkommens durch eine NATO-KFOR-Truppe vorgesehen, Belgrad werde aber einer derartig geführten Friedenstruppe nicht zustimmen.<sup>15</sup> Nach dem Entschluß der NATO, die angedrohten Luftangriffe in der Nacht zum 25. März 1999 ohne VN-Mandat zu beginnen, blieb Rußland keine andere Wahl, als in die übliche Hyperbolik zu verfallen. Dieses Mal war allerdings der Aufschrei der Empörung noch lauter, die verbalen Ausfälle noch schärfer. Das Vorgehen der NATO wurde (auch von Jelzin) als völkerrechtswidrige Aggression bezeichnet; Jelzin kündigte sogar „adäquate Maßnahmen“ gegen den Westen an, sollten russische Sicherheitsinteressen direkt berührt werden.<sup>16</sup> Das emotional aufgeladene Wort vom „Genozid“ der NATO an der jugoslawischen Bevölkerung wurde wieder bemüht, dieses mal von Außenminister Iwanow.<sup>17</sup> Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums kündigte an, die russischen Streitkräfte würden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, und der Vorsitzende der Duma sprach davon, Jelzin habe ihm gegenüber erklärt, russische Atomsprengköpfe würden nunmehr wieder auf westliche Ziele gerichtet.<sup>18</sup>

In der Praxis blieb es bei der verbalen Unterstützung Belgrads, aber auch diese bröckelte in zunehmenden Maße ab, als klar wurde, daß die NATO fest entschlossen blieb, sich gegen Milošević durchzusetzen, und sei es unter Einsatz von Bodentruppen. Außenminister Iwanow stimmte widerwillig der VN-Resolution 1244 als Bestandteil des G-8-Friedensplans zu. In der Praxis sanktionierte Moskau also ex post facto die „völkerrechtswidrige Aggression“ der NATO.

Für die konservativen Kritiker des patriotischen Konsenses war dieses von Jelzins Sonderunterhändler Tschernomyrdin durchgesetzte Einschwenken auf NATO-Positionen ein Schlag ins Gesicht. Dieser Schlag war für sie um so schmerzhafter, weil sich weder der Sonderunterhändler noch das Außenministerium mit ihren Forderungen durchsetzen konnten, die NATO-Luftangriffe vor einem sichtbaren Abzug serbischer Truppen aus dem Kosovo einzustellen, die NATO von einer zentralen Rolle bei der militärischen Friedenssicherung auszuschließen, Serbien im Norden des Kosovo ein eigenständiges Verwaltungsgebiet

---

14 Scott Parrish, *Twisting the Wind: Russia and the Yugoslav Conflict*, in: *Transition*, No. 20 (1995), S. 30.

15 Siehe *Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo*, Version vom 23.2.1999, Internet: <http://www.alb-net.com/Kcc/interim.htm>.

16 Maksim Jusin, *Rossijskie politiki zachlestnuli emocii* (Russische Politiker schäumten über vor Emotionen), in: *Izvestija*, 26.3.1999, S. 1.

17 RFE/RL Newswire, 29.3.1999.

18 Internet: [http://www.spiegel.de/homepage/ausland/russi\\_au.html](http://www.spiegel.de/homepage/ausland/russi_au.html) vom 24.3.1999. Diese angebliche Ankündigung wurde allerdings nicht von Sprechern der Präsidentschaft bestätigt.

einzurichten und Rußland einen separaten militärischen Sektor zu sichern. Nur das Militär durfte sich ein etwas größeres Feigenblatt als in Bosnien-Herzegowina insofern umhängen, als die NATO im militärischen Teil der Konfliktregelung nicht als Träger der „internationalen Sicherheitspräsenz“ (KFOR) erscheint und die russischen Truppen auch nicht in einen einheitlichen Befehlsrahmen eingeordnet werden, sondern daß diese operativ unabhängig sind und Rußland und die NATO somit als eigenständige Akteure nebeneinander auftreten.<sup>19</sup> In der Praxis sind die russischen Friedenstruppen allerdings auf die Zusammenarbeit mit den Kommandeuren der einzelnen KFOR-Sektoren angewiesen.

Das Einschwenken auf westliche Positionen geschah allerdings nicht, ohne daß vorher noch ein Stück virtueller Militärintervention vorgeführt wurde. Am 11. Juni wurden auf Initiative des russischen Generalstabs und mit Jelzins Zustimmung Teile der russischen SFOR-Brigade über serbisches Territorium in Marsch gesetzt.<sup>20</sup> Begleitet von Beifallskundgebungen der serbischen Bevölkerung in Serbien und im Kosovo besetzten die Soldaten vor dem Eintreffen von Truppen der NATO handstreichartig den Flughafen der Provinzhauptstadt Priština. Offenbar wollte Rußland dadurch seiner Forderung Nachdruck verleihen, an der KFOR gleichberechtigt mitbeteiligt zu werden. Die Überraschungsaktion zu letzter Stunde unterstrich zwar noch einmal den Einfallsreichtum und die Improvisationsgabe des russischen Militärs, sie zeigte aber auch anschaulich, wie gering die noch verbliebenen militärischen Fähigkeiten der einstigen Supermacht Sowjetunion tatsächlich waren.

### **3. Wann und wie lebt Rußland wieder als Großmacht auf?**

In Anbetracht dieser im Kosovo und vorher schon im Tschetschenien-Krieg deutlich gewordenen militärischen Schwäche und vor allem der in den USA ausgeprägten Tendenz, nationale Interessen Rußlands beiseite zu schieben, sind die Forderungen innerhalb der Moskauer Elite lauter geworden, das Machtprofil des Landes *real* zu verbessern. Bei seiner Anhörung zur Bestätigung in seinem Amt als Premierminister sagte Putin beispielsweise, eine der grundlegenden Aufgaben sei „die Wiedererrichtung und Stärkung der Verteidigungsmacht des Staates“. Dies zu gewährleisten, sei „heute wichtiger als je zuvor“.<sup>21</sup> Da es keine moderne, hochtechnisierte Armee ohne eine leistungsfähige wirtschaftliche Basis geben kann und Premierminister Stepaschin sogar während seiner Amtszeit feststellte, Rußlands Größe dürfe nicht auf (militärischer) „Stärke und Kanonen beruhen, sondern muß auf der Wirtschaft und auf seinem Intellekt basieren“, wäre eigentlich anzunehmen, daß der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang eingeräumt wird.<sup>22</sup> Dies geschieht aber nicht in dem Maße, das angesichts der ernststen Strukturschwächen angemessen wäre.

Die Lösung des Problems kann nicht in der Erhöhung der *Militärausgaben* liegen, wie das sowohl von Regierungsseite als auch in der Duma immer wieder als Reaktion auf unvermeidliche innere und äußere Krisen und Konflikte geschieht. So hatte beispielsweise angesichts der Kosovo-Krise und des „katastrophalen Zustands der russischen Armee“ Premierminister Stepaschin vorgeschlagen, die Ausgaben für die nationale Verteidigung von 2,3 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Letztere Zahl gilt als Maximalgröße für derartige Ausgaben, die immer wieder in den Vorgaben der politischen Führung im Rahmen der Militärreform erscheint. Derartigen Vorstellungen nachzugeben würde allerdings

---

19 Lothar Rühl, Moskau bewegt sich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.7.1999, S. 14.

20 Der Entscheidungsprozeß für das russische Husarenstück ist glaubwürdig dargestellt worden bei: Igor' Korotčenko / Vladimir Muchin, „Dobro“ na perebrosku Rossijskich voennyh v Kosovo dal Boris El'cin (Das „o.k.“ für den Marsch russischer Truppen in den Kosovo gab Boris Jelzin), in: Nezavisimaja gazeta (Internet-Ausgabe), 16.6.1999.

21 Putins Rede vom 16.8.1999, in: Nezavisimaja gazeta (Internet-Ausgabe), 19.8.1999.

22 RFE/RL Newslines, 10.6.1999.



bedeuten, das Streitroß am Schwanz aufzuzäumen. Die zusätzlichen Mittel, welche für militärische Zwecke ausgegeben würden, fehlen in der Folge bei der dringend notwendigen Modernisierung der industriellen Basis. Es ist deswegen auch nicht verwunderlich, daß eine Anhebung der Verteidigungsausgaben – real und als Anteil am BIP – immer wieder hinausgeschoben wird wie 1998. Angesichts der schlechten Finanzlage Rußlands wird zumindest die Anhebung des Anteils der Verteidigungsausgaben am BIP auf 3,5% weder dieses noch nächstes Jahr erfolgen.<sup>23</sup> Bisher veröffentlichte Zahlen sprechen von einem Anteil der Verteidigungsausgaben für das Jahr 2000 von 2,3%.<sup>24</sup>

Um die akuten Finanzierungsprobleme zu verdeutlichen, ist es angebracht, diese Anteile in absoluten Zahlen auszudrücken und sie international zu vergleichen. Im laufenden Haushalt 1999 sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 575 Mrd. Rubel vorgesehen (23 Mrd. US-\$ beim gegenwärtigen Umrechnungskurs) und Einnahmen in Höhe von 473,7 Mrd. Rubel (18,9 Mrd. US-\$). Es gibt also eine Finanzierungslücke von 101,3 Mrd. Rubel, wobei immer noch unklar ist, wie genau sie geschlossen werden soll. Für Verteidigungszwecke sind im Budget lediglich 93,7 Mrd. Rubel (3,7 Mrd. US-\$) vorgesehen. Dieser nominale Wert – auch wenn man ihn großzügig mit drei multipliziert, um Kaufkraftparität herzustellen – ist sowohl hinsichtlich der Aufgaben, die den Streitkräften zugewiesen werden, als auch international eine verschwindend geringe Größe. So beträgt der amerikanische Verteidigungshaushalt beispielsweise ca. 275 Mrd. US-\$ oder das 74fache der nominalen russischen Ausgaben. Auch die Verteidigungsausgaben Deutschlands übertreffen mit 47,5 Mrd. DM (26 Mrd. US-\$) bei weitem die der Russischen Föderation. Wie in der Sowjetära sind zwar nicht alle verteidigungsrelevanten Ausgaben im Posten der „nationalen Verteidigung“ enthalten. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß längst nicht alle bewilligten Ausgaben auch tatsächlich ausgezahlt werden. Laut Angaben des Verteidigungsministeriums wurden 1998 den Streitkräften lediglich 44% der bewilligten Gelder zugewiesen.<sup>25</sup>

Für die Modernisierung der Armee sind die Ausgaben für militärische *Forschung und Entwicklung* von entscheidender Bedeutung. Im letzten Jahr wurde zwar der größte Teil der angesetzten Personalkosten (zu 69%) gedeckt, bei der Beschaffung von Waffen und Gerät waren dagegen die tatsächlich erfolgten Überweisungen weit geringer (15%), bei Forschung und Entwicklung sogar nur 10% – und das bei einem Anteil für letzteren Posten im Verteidigungshaushalt von nur 13,2%.<sup>26</sup> Da der Maschinenpark der russischen Industrie veraltet und Neuinvestitionen sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich kaum noch erfolgen, sind die Chancen für die künftige Ausrüstung der russischen Streitkräfte mit hochtechnisiertem Gerät äußerst gering.

In Moskau taucht trotz der katastrophalen Unterfinanzierung des Bereiches Forschung und Entwicklung immer wieder der Gedanke auf, den Modernisierungsgrad der Streitkräfte und die Umstrukturierung der Wirtschaft mittels einer Ausweitung von *Waffenexporten* zu finanzieren.<sup>27</sup> Derartige Vorstellungen zeugen von Unverständnis der tatsächlichen

---

23 Diese Skepsis findet sich unter anderem bei: Roman Popkovic, *Neproзраčnyj i nevyполnjajuščijsja* (Undurchsichtig und unerfüllbar), in: *Nezavisimoe voennoe obozrenie*, No. 23, 18-24.6.1999, S. 1 und Il'ja Klebanov, *Kosovskij urok dlja Rossija* (Lehren aus Kosovo für Rußland), in: *Rossijskaja gazeta*, 27.7.1999, S. 2.

24 In dem der Duma Mitte August zugeleiteten Regierungsentwurf; RFE/ RL Newline, Vol. 3, No. 161, Part I, 19.8.1999.

25 Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, in: *Krasnaja zvezda*, jeweils am Monatsanfang für den Vormonat. Die Berechnung für die ersten drei Quartale des Jahres 1998 wurde von Joachim Schmidt-Skipiol (BIOst) vorgenommen und für das letzte Quartal vom Autor fortgeschrieben.

26 Ebenda. Die im Verteidigungshaushalt 1998 für Forschung und Entwicklung vorgesehenen Ausgaben betragen 10,8 Mrd. Rubel.

27 Zuletzt hatte Premierminister Stepašin diese Ansicht vertreten; siehe: *Russia Arms the World After NATO's War*, in: *Moscow Times*, 9.7.1999.

Gegebenheiten. Der Wert der russischen Waffenlieferungen ins Ausland im Jahre 1997 betrug 2,5 Mrd. US-\$. Im darauffolgenden Jahr ging dieser Wert auf 1,7 Mrd. US-\$ zurück, wodurch Rußland auf Platz vier der internationalen Waffenexporteure nach den USA (7,1 Mrd. US-\$), Deutschland (5,5 Mrd. US-\$) und Frankreich (3 Mrd. US-\$) verwiesen wurde. Russische Fachleute meinen, daß der Umfang der Waffengeschäfte im laufenden Jahr 3,5 Mrd. US-\$ betragen und bei günstigen Bedingungen in den nächsten Jahren sogar auf 4 Mrd. US-\$ gesteigert werden könnte.<sup>28</sup> Bereits in früheren Jahren hat sich aber immer wieder herausgestellt, daß die ursprünglichen Schätzungen zu hoch gegriffen waren.<sup>29</sup> Aber auch wenn alle optimistischen Erwartungen erfüllt werden sollten, wären die aus den Waffengeschäften zu erwartenden Deviseneinnahmen immer noch viel zu gering, um die Zahlungsbilanz und die wirtschaftliche Struktur im Land wesentlich zu verändern.<sup>30</sup>

Nicht zuletzt infolge der Unterfinanzierung des gesamten militärischen Bereiches und der Rüstungswirtschaft befinden sich die *russischen Streitkräfte* heute in einem desolaten Zustand. Das Militär hat seine in der Sowjetära privilegierte Stellung gänzlich eingebüßt und ist im Bewußtsein der Berufsoffiziere – trotz aller anderslautenden Äußerungen seitens der Regierung und der Duma – nicht nur von allen Übeln der generellen russischen Wirtschafts- und Sozialmisere betroffen, sondern auch weit nach unten auf der Liste wichtiger politischer und gesellschaftlicher Belange gerutscht. Immer wieder kommt zu erheblichen Verspätungen bei der Auszahlung des monatlichen Solds.<sup>31</sup> Im Jahre 1998 wurden wegen Mittelknappheit und mangelnden Karriereaussichten 15.000 Abgänger der Offiziersschulen entlassen. Im laufenden Jahr konnten aus denselben Gründen 19.000 freie Offiziersstellen nicht besetzt werden. Etwa die Hälfte der Offiziere, deren Fünfjahresverträge auslaufen, wollen nicht verlängern.<sup>32</sup> Lediglich sieben bis acht Prozent der Wehrpflichtigen können zum Wehrdienst herangezogen werden.<sup>33</sup> Um die ihnen auferlegten Quoten trotzdem erfüllen zu können, kommt es infolgedessen immer wieder vor, daß die Kreiswehrrersatzämter auch untaugliche Wehrpflichtige an die Truppe überstellen.<sup>34</sup> Desertion und Selbstmord von Angehörigen der russischen Streitkräfte sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Die militärische Infrastruktur und der Waffenbestand sind vom Verfall des Materials gefährdet. Luftwaffe und Marine sind wegen Treibstoffmangels nur noch bedingt einsatzbereit. Die Anzahl der

---

28 Zahlenangaben und Schätzungen für die Jahre 1997-1999 laut: Boevoj rasčet. Bronja na vyvoz (Militärische Berechnung: Waffen in den Export), in: Kommersant-vlast', 10.3.1998, S. 14-15; Kommersant-daily, 24.9.1998, S. 2; Russia Arms the World After NATO's War, in: Moscow Times, 9.7.1999; Il'ja Bulavinov / Ivan Safronov, Očerednaja rokorovka Kremlja. Gendirektorom „Rosvooruzenija“ stal Aleksej (Eine gewöhnliche Rochade des Kreml: Aleksej Ogarëv wurde Generaldirektor von „Rosvooruzenie“), in: Kommersant, 3.8.1999, S. 2.

29 Einer von der Staatlichen Kontrollverwaltung (GKU) vorgenommenen Untersuchung der Rüstungsexportfirma Rosvooruzenie zufolge, gab es beispielsweise erhebliche Diskrepanzen zwischen den von der Firma angegebenen Einnahmenschätzungen für das Jahr 1998 (2 bis 3 Mrd. US-Dollar) und den tatsächlich zu erwartenden Erlösen (weniger als 2 Mrd.); siehe Nikolai Novichkov, Russian Arms Sales Are Inflated, Says Audit, in: Jane's Defense Weekly, 7.10.1998.

30 Premierminister Putin scheint sich dessen bewußt zu sein. Eine der von ihm bisher angebotenen Lösungen ist, die Investitionsmöglichkeiten der Rüstungsindustrie dadurch zu verbessern, daß man ihnen die an den Staat aufgelaufenen Schulden erläßt; siehe seine Rede vor der Duma am 16.8.1999, in: Nezavisimaja gazeta, 19.8.1999, S. 3

31 So wurde im Juli 1999 erst der Sold für den Monat Mai ausgezahlt; Andrei Korbut, Armija vnov' stanovitsja instrumentom politiki (Die Armee wird wieder zum Instrument der Politik), in: Nezavisimaja gazeta (Internet-Ausgabe), 3.7.1999.

32 Eine gute Übersicht, auf die sich diese u.a. Darstellung stützt, findet sich bei: Lothar Rühl, Rußlands Streitkräfte – ohne Perspektive, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.4.1999, S. 5.

33 Aleksandr Gol'c, Osennij prizyv k dobrovol'nosti (Herbststeinberufung zum freiwilligen Dienst), in: Itogi, 17.11.1998, S. 20-22.

34 „Illegal Draftees“ File Suit Against Military Commissions, in: RFE/RL Newline, Vol. 2, No. 163, Part I, 23.8.1999.

militärischen Übungen und Manöver ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Auch bei der Ausbildung gibt es erhebliche Defizite. So sank beispielsweise die jährliche Flugstundenzahl bei den Piloten der Luftwaffe 1998 bei den Langstreckenfliegern auf 27, bei den taktischen Luftstreitkräften auf 14 Stunden. Die Garnisonen können oft nicht einmal ihre Rechnungen für Lebensmittel und Energie begleichen. Einzelne Garnisonen oder Verbände der Armee stellen sich infolgedessen oft in den Dienst regionaler öffentlicher und privater Wirtschaftsinteressen; sie sichern Gütertransporte und kassieren selbst ab. Auch Waffen und Gerät werden verschoben. Derartige Vorgänge werden nicht selten mit anderen Sicherheitsdiensten und der Mafia abgewickelt.<sup>35</sup>

Um einigen dieser negativen Entwicklungen Einhalt zu gebieten, verbinden sich im Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishment große Hoffnungen mit der *Militärreform*. Von vielen Einzelheiten abgesehen, sind die wesentlichen Ziele dieser Reform, (1) Rußland mit kleineren, dafür aber moderneren, gut ausgerüsteten und ausgebildeten und damit schlagkräftigeren Streitkräften auszustatten; (2) die aus der Sowjetära übernommene ineffiziente und kostspielige Überlappung von Kompetenzen der Militärbezirke, Teilstreitkräfte und Sondertruppen zu beseitigen und die operative Koordinierung in Konfliktfällen zu verbessern; (3) Aufgaben, Ausrüstung und Struktur der Streitkräfte und Sondertruppen mit veränderten internationalen politischen Bedingungen und verringerten wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten des Landes in Einklang zu bringen. Im Juli 1997 und Juli 1998 wurden dementsprechende Vorhaben von Jelzin und Verteidigungsminister Sergejew in ihren wesentlichen Grundzügen bis zum Jahre 2005 festgelegt.

Ein Kernproblem der Militärreform ist allerdings noch nicht einmal im Ansatz gelöst. Dies betrifft den Nexus zwischen der Größe der Streitkräfte, dem zu veranschlagenden Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt und den sich daraus ergebenden, in Rubel ausgedrückten Zahlungen. Nach der umfangreichen Reduzierung der Streitkräfte von – nach offiziellen russischen Angaben – 2,8 Mio. Mann Anfang 1992 auf 1,8 Mio. Mitte 1997, auf 1,2 Mio. Ende 1998 ist für das Verteidigungsministerium die absolute Untergrenze der Personalstärke erreicht. In einer sorgfältig recherchierten, anonymen, angeblich im Generalstab angefertigten Studie wird aber nachgewiesen, daß Streitkräfte in Höhe von 1,2 Mio. Mann nur dann ausreichend finanzierbar wären, wenn die Verteidigungsausgaben ungefähr verdoppelt würden; mit den derzeitigen Ausgaben sei eine vollwertige Finanzierung nur für 550.000 bis 600.000 Mann möglich. In absoluten Zahlen ausgedrückt – so stellen es die anonymen Autoren dar – müßte die Verdoppelung bereits 1999 erfolgen – von 81,7 Mrd. den Streitkräften 1998 zugewiesenen Rubeln auf 158 Mrd. Rubel 1999, und dieser Betrag müßte bis zum Jahre 2010 um insgesamt 52% auf 240 Mrd. Rubel anwachsen (die Zahlen sind in Preisen von 1998 ausgedrückt). Verschiedene Varianten der Entwicklung des Brutto-sozialprodukts werden den Berechnungen zugrundegelegt, wobei die „pessimistische“ und eigentlich einzige annähernd realistische Entwicklungsmöglichkeit zeigt, daß das 3,5% Anteilslimit des BIP für Verteidigungsausgaben nur dazu ausreicht, ungefähr die  *Hälfte*  der vom „offiziellen“ Generalstab als Minimum angesehenen Stärke der Truppen adäquat zu finanzieren. Hinzuzufügen ist allerdings, daß diese Schätzungen immer noch auf unrealistischen Basiswerten beruhen und wichtige Ausgabenposten unberücksichtigt lassen. Das fängt bereits mit dem Jahr 1998 an, für das fälschlich ein *Zuwachs* statt ein Rückgang des BIP zugrundegelegt wird. Bei den Berechnungen werden auch die Personalkosten für die mehreren Hunderttausend Zivilbeschäftigten des Verteidigungsministeriums außer acht gelassen.<sup>36</sup>

---

35 Rühl, Rußlands Streitkräfte (siehe Anm. 32).

36 Text der anonymen Studie: Prognoz financovo-ekonomičeskogo obespečenija stroitel'stva VS RF na period do 2010 goda (Prognose für die finanzwirtschaftliche Sicherstellung der Entwicklung der Streitkräfte der Russischen Föderation bis zum Jahre 2010), in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, No. 4, 5.-11.2.1999, S. 4. Eine umfassende Diskussion und Wertung der Studie findet sich bei: Franz Walter, Wieviele Soldaten kann

Die Tendenz der Studie ist, der normativen Kraft des Faktischen seinen Lauf zu lassen. Dagegen sträubt sich jedoch der Generalstab mit Händen und Füßen. Die „Welterfahrung“ zeige, meint der stellvertretende Leiter des Zentrums für militärstrategische Studien, Generalmajor Klimenko, daß für einen Staat in Friedenszeiten eine Personalstärke von ungefähr 1% der Einwohnerzahl und ein Aufwand für militärische Zwecke von 3,5% vom Bruttoinlandsprodukt „nicht zu belastend“ sei. Rußland könne sich „unter günstigen ökonomischen Umständen“ sogar erlauben, „Streitkräfte mit einer Personalstärke von 1,5 Mio. (sic!) Militär-angehörigen zu unterhalten“.<sup>37</sup>

Als Fazit ergibt sich, daß Rußland auf absehbare Zeit weder über eine leistungsfähige, moderne Wirtschaft und als Folge auch nicht über wohlgeordnete und modern ausgerüstete Streitkräfte verfügen wird. Wie eingangs dargestellt, gehört zu den wenigen gesicherten Erkenntnissen aus der Geschichte, daß es auf Dauer keine erfolgreiche Außenpolitik ohne eine gesunde materielle Basis, ein funktionsfähiges politisches System und gesellschaftlichen Konsens geben kann. Nicht zu den historischen Gesetzmäßigkeiten ist zu rechnen, daß Mächte, die einst groß und stark waren, zwangsläufig wieder zu alter Größe aufleben müssen. Es ist zwar richtig, daß Rußland in seiner Geschichte nach Zeiten der Wirren immer wieder Kraft für einen Aufschwung gefunden hat, ob das auch diesmal der Fall sein wird, ist allerdings anzweifelbar. Der wirtschaftliche und soziale Niedergang des Landes dauert nun schon ein Vierteljahrhundert. Er begann Mitte der siebziger Jahre unter Breschnjew und konnte auch von Gorbatschow nicht aufgehalten werden – ja, er wurde unter seiner Ägide noch beschleunigt. Unter Jelzin wurde zwar das alte, ineffiziente System unwiederbringlich beseitigt, und es gab neue Impulse für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung; in vielerlei Hinsicht ist aber die gegenwärtige Situation vor den Präsidentschaftswahlen 2000 mit der Endphase des Breschnjew Regimes vergleichbar, in der die Gesellschaft sehnsüchtig auf eine neue Führung und durchgreifenden Wandel zum Besseren wartete.

In der Zwischenzeit nutzen sich die der russischen Außen- und Sicherheitspolitik noch verbliebenen Instrumente weiter ab. Die nuklearstrategischen Fähigkeiten werden durch neue Atomkräfte und, wie oben ausgeführt, potentiell durch die Entwicklung eines amerikanischen strategischen Abwehrsystems sowohl politisch als auch militärisch in ihrer Wirkung eingeschränkt. Das russische Veto im Sicherheitsrat ist – wie der Kosovo-Konflikt gezeigt hat – ebenfalls keine Garantie für uneingeschränkte Weltgeltung. Die große territoriale Ausdehnung des Landes ist zwar theoretisch von Vorteil, gibt aber heute aufgrund der Schwäche der Zentralgewalt den zentrifugalen Tendenzen starken Auftrieb. Schließlich leidet auch das Erziehungs- und Ausbildungswesen bis hin zu den früher umfangreichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen unter dem Mangel an Finanzmitteln. Es ist zwar übertrieben, wenn amerikanische Fachleute bereits die These vertreten, man solle sich über eine „Welt ohne Rußland“ Gedanken machen.<sup>38</sup> Rußland wird weiterhin ein wichtiger Akteur in Eurasien bleiben. Insgesamt aber wird seine Rolle in der Weltpolitik jedoch so lange weiter abnehmen, wie es dem Land nicht gelingt, seine inneren Probleme zu lösen.

Dr. Hannes Adomeit  
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)  
Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen

---

sich Rußland bis zum Jahre 2010 leisten?, Büro für Rußlandstudien, München, 27.4.1999.

37 Anatolij Klimenko (Interviewter) / Vladimir Beresko (Interviewer), Čislennost' Vooružennykh Sil kak zerkalo rossijskoj ekonomiki (Die Personalstärke der Streitkräfte als Spiegel der russischen Wirtschaft), in: Krasnaja zvezda, 12.2.1999, S. 1,3.

38 Thomas E. Graham, Jr., A World without Russia?, Jamestown Foundation Monitor (Internet-Ausgabe), Juni 1999.

